

## **Streit um Land am Kulkwitzer See**

### **Pächter gräbt am Tag nach dem Sonderarbeitskreis Wiese um / Bürgerinitiative will Anzeige erstatten**

**Markranstädt. Einen Tag nachdem der Sonderarbeitskreis die Wogen um die Uferentwicklung des Kulkwitzer Sees auf Markranstädter Seite glätten sollte, sind Landstücke am Ufer umgeackert worden. Ausgerechnet jene, die die Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) „Pro Kulki kontra Bebauungswahn“ als wertvolle Wiesenflächen erhalten wollen und die Bürgermeisterin Carina Radon (CDU) als Bauland für Eigenheime nutzen möchte. „Es wurden einfach rücksichtslos vollendete Tatsachen geschaffen“, so BI-Sprecherin Rosel Glöckner.**

Noch am Dienstag schienen sich alle Parteien im Sonderarbeitskreis anzunähern. Stück für Stück wurde eine Liste von 18 Punkten abgearbeitet. „Wir hatten viele Übereinstimmungen gefunden und viele Wünsche geäußert, die einen Konsens fanden“, berichtet Glöckner. Strittig waren weiterhin der Bau eines Parkplatzes gegenüber des Piratenspielplatzes und die Errichtung von Einfamilienhäusern sowie zehn Ferienwohnungen. „Weil damit Natur und viele zu schützende Güter unserer Heimat unweigerlich vernichtet werden“, wiederholt Glöckner den BI-Standpunkt.

Am Mittwoch sind die als Acker verpachteten Flächen der Stadt vor dem Westufer am Kulkwitzer See innerhalb eines Tages vom Pächter, der Agrargesellschaft Quesitz, umgepflügt worden. „Nachdem wir Bürger einen Abend vorher wissen ließen, dass wir anhand Bildmaterial beweisen können, dass die Flächen fast 15 Jahre nur gemäht wurden und demzufolge den Status als Ackerland verloren haben“, meint Glöckner. Wenn ein Acker fünf Jahre lang nicht bearbeitet werde, sei er Wiese, erklärt sie.

„Das ist meine Entscheidung als Unternehmer“, sagt dagegen Heinz Herrmann, Geschäftsführer der Agrargesellschaft Quesitz zu den knapp über vier Hektar großen Flächen, die umgegraben worden sind. „Die haben wir gepachtet, damit hat die Stadt überhaupt nichts zu tun“, behauptet Herrmann.

Das können viele nicht glauben. „Der große Lacher an der Sache ist, dass der Acker über zehn Jahre brachliegt und einen Tag, nachdem zugesagt wird, das Gelände nicht anzutasten, die Wiese umgeackert wird“, meint SPD-Stadtrat Frank Meißner. Im Übrigen seien nur die Flächen beackert worden, die im ursprünglichen Bauvorhaben als zu bebauendes Gelände ausgewiesen waren und über deren Verwendung der Stadtrat entscheiden sollte, betont Glöckner.

„Ich würde mich doch hüten, das zum jetzigen Zeitpunkt zu tun“, bestreitet Bürgermeisterin Carina Radon jede Beteiligung. Auf das verpachtete Gelände habe die Stadt keinen Einfluss, sagt die Rathauschefin. Sie habe stets die Position vertreten, bei der Fläche handele es sich um Ackerland, auf der zudem bereits ein Bebauungsplan lag, wiederholt sie ihre Position und resümiert: „Das berührt den Fortgang der Dinge nicht.“ Das beurteilt die Bürgerinitiative anders, die „das in weit über zehn Jahren zu wertvollen Wiesenflächen mit bedrohten Tierarten wie dem Brachpiper entwickelte Gebiet unwiederbringlich zerstört“ und „einen kriminellen Tatbestand“ sieht.

„Wir werden am Montag gegen das Landwirtschaftsunternehmen Anzeige erstatten wegen der Verletzung des Grundgesetzes und der Naturschutzgesetze und des Flächenstilllegungsprogramms der Europäischen Union, mit dem Ackerflächen aus der Bewirtschaftung genommen und ihre extensive Nutzung als Wiesen und Weiden gefördert werden“, kündigte Glöckner an.